

AWO-POSITION ZUR ALTERS- UND ERWERBSARMUT



Alters- und Erwerbsarmut
Arm im Alter, Arm trotz Arbeit



Arm trotz Arbeit, Arm im Alter

In den Urlaub fliegen, im Restaurant essen gehen oder Freunde zum Sport treffen – all dies ist in Zeiten der Pandemie nicht möglich. Einschränkungen, die im Ausnahmezustand zur individuellen Gedulds- und Belastungsprobe wurden, sind für viele Menschen in Sachsen-Anhalt Normalität. Denn wenn das Geld trotz Job kaum für die Miete reicht oder die Rente auch nach einem Leben mit lückenloser Erwerbstätigkeit gerade das Nötigste abdeckt, werden bereits einfache Dinge wie das Busticket in die Stadt oder die nächste Mahlzeit zur Abwägungssache.

Insgesamt sind in Sachsen-Anhalt rund 429.000 Menschen von Armut betroffen – immerhin jeder fünfte Bürger. Damit steht Sachsen-Anhalt trotz positiver Entwicklung im Bundesvergleich an vorletzter Stelle. Und dafür, dass sich Ungleichheiten gerade jetzt durch die Corona-Pandemie noch einmal verschärfen und die Zahl der von Armut Betroffenen steigen wird, gibt es genügend Anzeichen. Bereits für das Jahr 2020 wird davon ausgegangen, dass der bisherige Armuts-Rekordwert von 15,9 Prozent der Bevölkerung übertroffen wird.

Wir finden: Zeit, dass sich etwas tut! Niemand in Sachsen-Anhalt soll von Armut betroffen sein – weder jetzt noch in Zukunft.

Erwerbsarmut – Arm trotz Arbeit

Wer arbeitet, sollte nicht von Armut bedroht sein. Wer arbeitet, sollte von seinem Einkommen würdig leben können. Und wer arbeitet, sollte nicht auf Zusatzleistungen vom Amt angewiesen sein.

Was selbstverständlich klingt, sieht in der Realität leider anders aus. Wie eine Studie der Hans-Boeckler-Stiftung aus dem Jahr 2017 zeigt, hat sich der Anteil der von Erwerbsarmut Betroffenen in Deutschland zwischen 2004 und 2014 verdoppelt. Obwohl der Anteil bei uns in Sachsen-Anhalt rückläufig ist, haben viele Menschen auch hier immer noch weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung und gelten als arm oder armutsgefährdet (siehe Infobox). Die Gründe für Erwerbsarmut sind vielfältig: Sei es, weil Betroffene als Alleinerziehende oder wegen der Versorgung von pflegebedürftigen Angehörigen nur Teilzeit arbeiten können, sei es, weil sie im sogenannten Niedriglohnsektor beschäftigt sind und das Einkommen kaum ausreicht. Insbesondere im Reinigungs- und Gastgewerbe verdienen Menschen selbst in Vollzeit nicht genug, um davon würdig leben zu können. Um Einkommenslücken auszugleichen, haben inzwischen mehr als 3,5 Millionen Deutsche neben einem sozialversicherungspflichtigen Hauptjob eine zusätzliche geringfügige Beschäftigung oder führen als „Multijobber“ gleich mehrere Tätigkeiten aus.

Wie wenig ist zu wenig?

Als armutsgefährdet gilt, wer nach Abzügen von Steuern und Abgaben nur 60 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung hat. Für einen Alleinstehenden lag diese Grenze im Jahr 2019 bei 1.074 Euro, bei einem Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren bei 2.245 Euro. Werden hiervon die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben für Lebensmittel, Miete, Bekleidung und Gesundheit abgezogen, blieben der Familie am Ende eines Monats gerade einmal 186 Euro.

Sozialer Rückzug, niedrige Renten – die Folgen von Erwerbsarmut

Erwerbsarmut hat viele Ursachen und ebenso weitreichende Folgen für die Betroffenen. Von Armut betroffen zu sein, heißt nicht nur, sich nichts leisten zu können. Vielmehr noch geht die finanzielle oft mit sozialer Armut einher und führt nicht selten zu gesellschaftlicher Isolation – aus Mangel an Möglichkeiten oder Scham über die eigene Situation. Auch auf lange Sicht hat Erwerbsarmut Folgen: Etwa dann, wenn das niedrige Einkommen selbst nach 45 Beitragsjahren keine auskömmliche Rente bringt und ehemals Erwerbstätige auf Grundsicherung angewiesen sein werden. Nicht zuletzt ist auch der mehrfach nachgewiesene Zusammenhang zwischen Armut und niedrigerer Lebenserwartung ein Alarmzeichen und Grund zu handeln!

Menschen in Armut unterstützen – das Engagement der AWO in Sachsen-Anhalt

Auch die AWO in Sachsen-Anhalt hat noch nicht flächendeckend wieder Tarifverträge eingeführt. Sie befindet sich auf den Weg all ihre Mitarbeitenden in Tarifverträgen zu beschäftigen, um Einkommensarmut und Auslöser vom Multijobben zu vermeiden. Darüber hinaus setzen wir uns als sozialpolitischer Interessenverband für gute Arbeitsbedingungen in allen Bereichen ein, die – wie beispielsweise in der offenen Kinder- und Jugendarbeit– durch die Rahmenbedingungen immer noch prekär sind.

Die AWO in Sachsen-Anhalt engagiert sich täglich und unermüdlich in ihren Angeboten der Tafeln. Hier erhalten Menschen schnell und unbürokratisch Lebensmittel, bekommen aber auch ein wertschätzendes und aufmunterndes Wort mit auf den Weg. In der Schuldnerberatung stehen die Mitarbeitenden der AWO Menschen, die in finanziellen Notlagen sind, helfend zur Seite. In der Schul- und Kitasozialarbeit sowie in der Familienberatung erhalten Familien und Alleinerziehende eine enge Begleitung, Beratung und Unterstützung zur Überwindung ihrer finanziellen Probleme.

Wir fordern: Gute Arbeit – Faire Löhne

Um Erwerbsarmut zu begegnen, ist die Politik gefragt. Gesetzliche Regelungen müssen die Grundlage für die notwendigen Veränderungen sein.

- Löhne müssen angehoben werden – vor allem im Niedriglohnsektor und bei Dienstleistern ist diesbezüglich Aufholarbeit notwendig. Friseure, Köche oder Mitarbeiter in der Landwirtschaft leisten täglich wichtige Arbeit für die Gesellschaft. Dafür sollen sie fair entlohnt werden.
- Mehr Minijobs sollten in versicherungspflichtige Teilzeit- oder Vollzeitjobs umgewandelt, um Angestellten Sicherheit und Perspektive zu bieten.
- Wer sich um die Betreuung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen kümmert, darf daraus keinen finanziellen Nachteil ziehen, besonders Alleinerziehende müssen mehr unterstützt werden. Insbesondere Pflegeverantwortung sollte auch finanziell stärker gefördert beziehungsweise Pflegende entlastet werden. Das Land muss auch zukünftig Initiativen von Arbeitgebern unterstützen, die sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie einsetzen.

Altersarmut – Arm im Alter

Im Alter die Ernte des Lebens eintragen. Es sich gut gehen lassen und Kinder und Enkelkinder unterstützen können. Das wünscht sich nahezu jede*r. In Sachsen-Anhalt wächst derzeit die Generation in die Rente, deren Erwerbsleben in besonderer Weise von den wirtschaftlichen Umbrüchen der Wende gekennzeichnet ist. Viele erzwungene Jobwechsel und auch Zeiten der Erwerbslosigkeit lassen beitragsarme und auch beitragsfreie Jahre in die Rentenberechnung einfließen. Häufig steht an diesem Ende dann eine „kleine Rente“. Ca. 17 Prozent der Renten in Deutschland sind heute unter dem Niveau der Grundsicherung. Die neu eingeführte Respektrente wird diese geringen Renten nicht gänzlich abfangen können.

Mit einer Pflegebedürftigkeit verschärft sich die finanzielle Lage vieler älterer Menschen. Hohe, in den letzten Jahren steigende Eigenanteile in der Pflege schmälern die Renten und bringen den

Antrag für Sozialleistungen mit sich. Dem Enkelkind mal ein Geschenk machen oder sich zu einem Schwatz in einem Café treffen – so einfach ist das für ältere Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, nicht mehr möglich. Oftmals treten sie – nicht zuletzt aus Scham über ihre Situation – den Rückzug in die Isolation an.

Wir finden: Alle Menschen in Sachsen-Anhalt sollten die Möglichkeit eines würdigen Altersabends haben.

Respektrente muss Umbrüche mitdenken

Die heutige Rentnergeneration schaut auf ein bewegtes Leben zurück. Die Wiedervereinigung vor 30 Jahren ist für nur wenige Menschen in Sachsen-Anhalt ohne Brüche in der Erwerbsbiografie vonstattengegangen. Entsprechend geringer ist das Rentenniveau im Vergleich zu den alten Bundesländern. Die Grund- oder auch Respektrente kann die finanziellen Folgen für jene Menschen abmildern, deren Beschäftigungszeiten in die Nähe des „Eckrentners“ kommen – also nicht wesentlich vom Standard der 45 Erwerbsjahre abweichen. Wer aufgrund des Strukturumbruches hingegen längere Zeiten ohne Beschäftigung war, erhält auch keine Respektrente. Dass hierbei von selbstverschuldeter Beschäftigungslosigkeit kaum die Rede sein kann, liegt auf der Hand. Die 2021 eingeführte Respektrente soll mehr Menschen im Alter den Gang zum Sozialamt ersparen. Es bleibt zu prüfen, ob sie diese Erwartung erfüllen kann.

Hilfebedarf muss im Vordergrund stehen – nicht das Portemonnaie

Gleichzeitig ist eine weitere Entwicklung zu beobachten: Der Anteil der Pflegebedürftigen ist in den Jahren 1999 bis 2017 um 66 Prozent gestiegen – und dieser Trend setzt sich fort. Eines der zahlreichen Probleme hierbei: Pflege kostet Geld! Während der finanzielle Anteil der Pflegekassen in den vergangenen Jahren auf einem Niveau stagnierte, stieg der durch Pflegebedürftige zu leistende Eigenanteile gleichsam an. Gründe hierfür sind beispielsweise Qualitätsverbesserungen oder Gehaltsanpassungen in der Pflege. Der Gesetzgeber hat hier eine Armutsfalle entstehen lassen.

Menschen mit Renten knapp über der Sozialhilfe fallen durch die Pflegestärkungsgesetze – trotz tadelloser Erwerbsbiografie – in die Sozialhilfe. Es verbleibt lediglich ein kleines Taschengeld. Für viele Pflegebedürftige ist das zu wenig, um die hohe Eigenbeteiligung zahlen und notwendige stationäre Pflege in Anspruch nehmen zu können.

„Bei zu vielen Menschen in Sachsen-Anhalt reicht die Rente trotz jahrelanger Erwerbstätigkeit heute kaum, um sich benötigte Pflege leisten zu können“

Finanzielle Risiken in der Pflege begrenzen!

Die gestiegenen Kosten in der Pflege, die vor allem durch Tarifierhöhungen im Pflegebereich verursacht werden, führen direkt zur finanziellen Belastung der Bewohner*innen in Pflegeheimen. Grund dafür ist ein Fehler im Pflegesystem: Da die Leistungsbeträge der Pflegekassen der Höhe nach gesetzlich festgelegt sind und nur durch den Gesetzgeber geändert werden können, belasten steigende Kosten allein die Senior*innen, deren Zuzahlungsbeträge – anders als die Leistungsbeträge der Pflegekassen – nicht gesetzlich geschützt sind. In Folge sind immer mehr Bewohner*innen von Pflegeheimen dazu gezwungen, Leistungen der Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen.

Beispielsweise stieg die Zuzahlung, den die Bewohner*innen selbst tragen, in den Einrichtungen des AWO Kreisverband Salzland e.V. von 2017 zu 2018 um 300 EUR monatlich. Durch diese Erhöhung stieg der Anteil der der Bewohner*innen, die Sozialhilfe in Anspruch nehmen, um 6 Prozent.

Altern ohne Einsamkeit

Insbesondere alte Menschen in Armut sind von Scham über ihre Situation und Vereinsamung betroffen. Sie reagieren mit Rückzug auf ihre Situation. Nicht nur, dass ihnen weniger Geld für ein gesundes Leben zur Verfügung steht, ihre Lebensqualität ist in der Regel geringer und sie haben ein höheres Risiko für verschiedene Erkrankungen – vor allem für Depressionen.

„Altersarmut kann zu Rückzug und Vereinsamung führen – und Erkrankungen wie Depressionen fördert.“

Menschen in Armut unterstützen – das Engagement der AWO in Sachsen-Anhalt

In unserer praktischen Arbeit vor Ort begegnen wir vielen älteren Menschen, die in Armut geraten sind. In der Tafel stellen wir Ihnen für kleines Geld Lebensmittel und auch ein Mittagessen bereit. Für viele ältere Menschen ist die Tafel, so wie auch die gern besuchten Seniorentreffs, darüber hinaus ein Ort des Austausches. Hier können sie der Einsamkeit entfliehen. Die AWO plant ihre Projekte regelmäßig generationsübergreifend. Mehrere Generationen unter einem Dach, auf einem Grundstück – das schafft Verbindung und weckt bei vielen Älteren Lebensfreude.

In der Pflegeberatung unterstützen die Mitarbeitenden der AWO die Pflegebedürftige wie deren Angehörige.

Wir nutzen unsere politische Kraft auf allen Ebenen, um zu einer längst überfälligen Deckelung der Eigenanteile zu kommen und so der Armutsfalle Pflege ein Ende zu setzen und gleichsam die Qualität der Pflege auf sehr gutem Niveau beibehalten und weiterentwickeln zu können.

Wir fordern: politische Initiative und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Altersarmut

- Das Land muss die Auswirkungen der Respektrente auf Sachsen-Anhalt beobachten, und sich – sollten die erhofften Entlastungen nicht wirken – auf Bundesebene für eine Neuregulierung stark machen, die die besonderen, ostdeutschen Erwerbsbiografien berücksichtigt.
- Innovationen zur Nachbarschaftsvernetzung müssen gefördert werden, um Vereinsamung entgegenzuwirken.
- Im Bereich der Pflege müssen die Eigenanteile gedeckelt und medizinische Leistungen im Bereich der Pflege durch Krankenkassen finanziert werden. Das Land muss sich im Rahmen

einer Armutskonferenz mit Maßnahmen der sachlichen Zuordnung der Leistungen der SGB befassen und dem Bund gegenüber initiativhandeln.

- Es braucht eine landesweite Armutskonferenz aus Fachexperten und Politik, um Probleme und Lösungen zu besprechen. Ebenso braucht es weitere Möglichkeiten zum Austausch und der gesellschaftlichen Teilhabe in einem regionalen sowie landesweiten „Runden Tisch Armut“.

Schau hin. Pack an! Für soziale Gerechtigkeit

Eine Kampagne der AWO in Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt ist ein Land, in dem es sich zu leben lohnt. Ob in Magdeburg, in der Altmark, im Harz oder im Burgenlandkreis – alle Regionen haben ihre besondere Attraktivität. Damit unser Bundesland auch in Zukunft lebens- und liebenswert bleibt, müssen wir schon heute dafür sorgen, dass alle Menschen in Sachsen-Anhalt die Chance auf gleich gute Lebensverhältnisse haben. Dafür müssen wir handeln!

Um die gesellschaftspolitische Entwicklung in Sachsen-Anhalt aktiv mitzugestalten, erheben wir deshalb im Superwahljahr 2021 unsere Stimme. Mit der Kampagne „Schau hin. Pack an! Für soziale Gerechtigkeit“ richten wir unseren Appell an Politiker*innen, sich mit den verschiedenen – teils existenziellen – Bedürfnissen der Menschen in Sachsen-Anhalt auseinanderzusetzen und diesen durch politische Weichenstellungen zu begegnen. Wir richten unseren Appell ebenso an die Bürger*innen. Wählen ist ein wichtiges Recht zur Mitbestimmung - jede*r Einzelne kann mit seiner/ihrer Stimme Verantwortung für die Zukunft in unserem Land übernehmen – und damit dazu beitragen, dass Sachsen-Anhalt lebens- und liebenswert bleibt.

Also: Schau hin. Pack an!

Redaktion

AWO AG Alters- und Erwerbsarmut

Ines Grimm-Hübner, AWO KV Salzland e.V.

Andrea Zander, AWO KV Magdeburg e.V.

Yvonne Brechmacher, AWO KV Saalekreis e.V.

Kai Gerrit Bädje, AWO KV Harz e.V.

Rebecca Kutz, AWO LV Sachsen-Anhalt e.V.

Eva Köhler, AWO LV Sachsen-Anhalt e.V.

Anne Kämpfner, AWO LV Sachsen-Anhalt e.V.

Redaktionsstand März 2021

Kontakt: schauhinpackan@awo-sachsenanhalt.de